

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt C. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich Freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postreimungsliste Nr. 3164

An die Verbandsmitglieder!

Verbandskollegen! Die in Nr. 35 der „Gewerkschaft“ veröffentlichten Beschlüsse des Verbandsvorstandes haben in einzelnen Filialen nicht die nötige Würdigung gefunden. Wir halten uns daher für verpflichtet, erneut auf den Ernst der gegenwärtigen Situation hinzuweisen.

Die Gewerkschaften haben eine Belastungsprobe zu bestehen, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Auf viele Monate hinaus sind große Geldmittel in erster Reihe für die Unterstützung der Arbeitslosen und ferner auch für eine Beihilfe an die Familien der im Felde stehenden Mitglieder nötig. In wiederholten ernsten Beratungen haben die Vorstände der deutschen Gewerkschaften sich bemüht, Richtlinien zu schaffen, welche wenigstens in großen Umrissen die bewährte einheitliche Aktion der Arbeiterbewegung auch in dieser schweren Zeit ermöglichen. Selbstverständlich ist dabei die besondere Eigenart der einzelnen Organisationen nicht außer acht gelassen worden.

In möglichster Anlehnung an die von den Vorstandskonferenzen gefassten Beschlüsse und unter Berücksichtigung der für unsern Verband in Betracht kommenden besonderen Verhältnisse haben auch wir schnellstens Vorkehrungen treffen müssen. In erster Reihe mußte dabei unter allen Umständen die Sicherung der Existenz unserer Organisation als Leitmotiv entscheidend sein. Daneben kam es darauf an, die Verbandseinrichtungen so zu gestalten, daß die vorhandenen flüssigen Vermögensbestände und die zu erwartenden Einnahmen ausschließlich den unter der schlimmsten Not leidenden Mitgliedern oder den Familien derselben nutzbar gemacht werden.

Das konnte nur erreicht werden, wenn andere Leistungen außer Kraft gesetzt wurden. Darin brauchten wir nicht soweit zu gehen, wie andere Verbände leider zu gehen gezwungen waren; wir verlangen nur da Opfer, wo sie unserer festen Überzeugung nach gebracht werden können. Der Verantwortlichkeit, welche uns hierin zufällt, sind wir uns voll bewußt und werden Rechenschaft über unsere Haltung ablegen, sobald der Krieg sein Ende erreicht hat. Wir wissen wohl, daß die teilweise Aufhebung und Einschränkung der Kranken- und Sterbeunterstützung den Mitgliedern ein erhebliches Opfer auferlegt.

Kollegen! Dazu muß jetzt aber jeder bereit sein, denn es gilt, die Not da zu lindern, wo sie am größten ist. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in unserem Verbands nach der statistischen Erhebung vom 15. August bereits mehr als verdoppelt; eine Weiterunterstützung der Aus-

gesteuerten wird später kaum zu umgehen sein. Zum Kriegsdienst sind bis jetzt schon 15 000 unserer Mitglieder eingerückt; die Zahl wird ohne Frage noch steigen. Für diese beiden Zwecke werden also schon allein große Summen aufzuwenden sein. Nach unseren vorläufigen Berechnungen müssen dazu vom Verbandsvermögen 150 000 Mark pro Vierteljahr entnommen werden. Aber auch dieser Zuschuß reicht nur aus, wenn — wie wir angenommen haben — dem Verband 30 000 zahlende Mitglieder in Zukunft verbleiben.

Kollegen! Wir müssen aber auch an das Ende des Krieges denken. Zu jenem Zeitpunkt werden die Gewerkschaften die Hoffnung vieler sein, in der dann vielleicht schwersten Zeit brauchen wir unbedingt Geldmittel; denn die aus dem Kriege heimkehrenden Mitglieder werden sicher in größerer Zahl arbeitslos bleiben und mit vollem Recht vom Verbands Hilfe erwarten. Können wir diese Ehrenpflicht dann erfüllen, so wird das für unsere Organisation ein nicht hoch genug anzuschlagender Erfolg sein.

Alle diese zwingenden Aufgaben können jedoch nur erfüllt werden, wenn die Geldmittel des Verbandes und der Filialen gemeinsam dafür bereitgestellt und in Rechnung gezogen werden. Ergibt sich nach Auszahlung der ersten Unterstützungen ein günstigeres Bild, als wir auf Grund unserer Berechnungen annehmen, so wird der Verbands-Vorstand keinen Augenblick zögern, die jetzigen Beschlüsse zu revidieren und zu erweitern. Dabei wird auch erwogen werden, ob den Familien der im Felde Gefallenen an Stelle der aufgehobenen Sterbeunterstützung ein Ersatz gegeben werden kann. Das ist aber alles erst dann möglich, wenn wir die Wirkung der bisherigen Maßnahmen klar sehen.

Kollegen! Wenn je, so ist jetzt, wo furchtbare Stürme über unsern stolzen Bau der proletarischen Solidarität hinwegbrausen und ihn in seinen Grundpfeilern zu erschüttern drohen, die Einigkeit aller Verbandsglieder bitter notwendig. Was von uns billigerweise erwartet werden kann und muß, das soll geschehen, um den Verband über alle Hindernisse hinwegzuleiten. Wir müssen aber auch an die tätige Mithilfe aller Mitglieder bei diesem schweren Wert appellieren. Und nicht nur das! Wir fordern unter allen Umständen Euer rückhaltloses Vertrauen, ebenso wie wir darauf bauen, daß keiner von Euch aus kleinlichem Geist oder Anmut die Fahne verläßt.

Kollegen! Es gilt, den Verband um jeden Preis hochzuhalten. Seid dessen eingedenk!

Der Verbands-Vorstand.

Die Aufgaben der inneren Politik.

Der „Sozialen Praxis“ schreibt Prof. E. Franke:

In tiefer Ergreiftheit lauschen wir den Siegesbotschaften von unseren Helden in West und Ost, und immer höher steigt unsere Bewunderung für die Leistung der gesamten Wehrmacht und den Heldentum jedes einzelnen Wehrmannes, für die bis ins Kleinste schärf und klar durchdachte Organisation und die fruchtige Einordnung jedes Gliedes in das Ganze. Deutschland vor dem Feinde ist ein unaussprechlich erhabenes Vorbild für Deutschland im Innern. Trauen sind wir wahrhaft ein einzig Volk von Wehrdauern, in keiner Not uns fremd und Gefahr. Und im Innern wollen wir es sein! Wie es draußen nicht Reiche und Arme, nicht Protestanten, Katholiken und Juden, nicht Zentrumslute und Liberale, Sozialdemokraten und Monarchisten, nicht Arbeiter, Arbeiter, Beamte, Müntler, Gelehrte, Schriftsteller, nicht Adlige und Verachtete, sondern nur Soldaten, Kameraden gibt, die für Vaterland und Volk ihr Leben einlösen, so zeigt sich auch im Innern eine Einmütigkeit der Hilfsbereitschaft und Opferwilligkeit, die nur bisherigen Gegenjäre und Mächte zu überbrücken und auszugleichen sich bemüht.

Wenn die Lehren der deutschen Sozialdemokratie ihren Gehalt in Worten verkündet: „In diesem Verteidigungskrieg gibt es in Deutschland keine Parteien, sondern nur den Gedanken, Deutschland zu schützen.“ so wiederholt sie damit das erlösende Antwortwort: „Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur Deutsche.“ Dem Hintergedanken der Rührung haben sich die Gewerkschaften in der Dienst des Vaterlandes gestellt, arbeiten mit den Behörden zusammen, verrichten in einigen großen Städten politische Hilfsdienste, sammeln an der ostlichen Grenze Waffen bei der Bevölkerung ein, stellen ihre Gewerkschaftsbücher als Zigarette zur Verfügung, finden und erwidern allerorten Vertrauen, widmen sich mit besten Kräften der Kriegshilfe und Fürsorge, Armen und Kranken, wie sie nur können. Die ganze Tüchtigkeit unseres Arbeiterstandes, ein warmes treues Herz, ein harter Verstand, ein festes Gemeinschaftsgefühl, offenbar sich in dieser großen Zeit. Und sie finden gegenseitiges Verständnis nicht nur im Volke selbst, sondern auch bei allen maßgebenden Stellen: der Erlass des Generals v. Witzing, die Zulassung sozialdemokratischer Mütter zum Lebensmittelverkauf, die Anerkennung des bayerischen Kriegsmittels für die patriotische Haltung dieser Kreise, die Aufhebung des Verbots der sozialdemokratischen Jugendorganisation in Bayern, die Aufnahme des Militärrocks von Wirtschaftlichen, die Einziehung der Tätigkeit des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie — das alles sind Anzeichen einer neuen Zeit, deren Sommer nach dem Krieg überdauern müssen. Wenn auch noch hier und da Reste des alten Zankriegs zu spüren sind, so hat die Nord-, östl. u. a. doch recht, wenn sie zu der Erklärung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie bemerkt:

„Dieser Entschluß ist anstandslos der vom ganzen deutschen Volke ohne jeden Vorbehalt der Partei bewiesenen Opferfreudigkeit mit Bewunderung zu begrüßen. Er beweist die ruhige, Entschlossenheit der Lage, in der es keine Parteien, sondern nur ein von dem erhabenen Willen, das Vaterland bis zum letzten Atemzug zu verteidigen, befehltes Volk gibt.“

Besondere Anerkennung erweist es, daß die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeiter sich die Hände reichen, um gemeinsam der Not zu widerstehen. Gewiß: es fehlt auf diesem Gebiet auch noch an manchem Willen. Es sind Fälle bekanntgeworden, wo Unternehmer durch Lohnrückerei, durch ausbeutende Verlagerung der Arbeitszeit, durch selbsttätige Betriebseinstellung und harte Entlassung von Angestellten und Arbeitern geradezu das Gemeinwohl schwächen. Aber wie wir erwarten, daß hier durch stilles Einwirken von oben Hilfe, wie es not tut, geschaffen wird, so wollen wir, daß die führenden Männer in Industrie und Handel solche Ausrichtungen der Profitgier aufs herbe verurteilen und bereits eifrig und mit großen Opfern bemüht sind, ihre sozialen und wirtschaftlichen Pflichten zu erfüllen. Namentlich die Leiter von großen Industriekombi, Verbänden, von hiesiger Verantwortung eifrig entschlossen sind für die Gemeinschaft der Arbeitgeber mit der arbeitenden in diesem Kampf ums Dasein, der unserem Volk obliegt. Die Mandatgeber, die wir früher veröffentlicht haben, werden aufs wirksamste unterstützt durch das Verhalten zahlreicher großer Betriebe und Einzelunternehmer. Und aus einem anderen Grunde sind wir froh, daß diese Bemühungen, den Arbeiter zur Verbesserung oder Umkehrung zu nähern, namentlich bei den organisierten Arbeitern und Angestellten, Fortschritte zu machen und zu erreichen finden.

Dieser Gemeinschaft, diese Solidarität zwischen Arbeitgeber und Arbeitender, die sich sonst so oft vermissen, ist eine wertvolle

Macht, die uns das gewaltige Schicksal beschied hat, und wir wollen ihre Segnung auch weiterhin für die Friedenszeiten, die herrlich vor dem anschauenden Blick am Horizont aufsteigen. Daß es jetzt keine Arbeitskämpfe, keine Streiks und Sperrten mehr gibt, soll uns nicht genug sein. Wir hoffen und vertrauen, daß auch dauernd in der Zukunft der Geist der gegenseitigen Achtung und Verjüngung sich stark und wirksam erweist. Nicht daß es an Willen und Streit bereits fehlen wird, vermessen wir uns zu meinen. Wohl aber glauben wir, daß beide Parteien fortan sich gegenseitig Anerkennung ihrer Rechte und billiges Abwägen ihrer Bestrebungen verbürgen und auf dem Wege der Verhandlungen und Vertäge den Frieden im Gewerbe und die Wohlfahrt des Ganzen sichern.

Soll dies aber geschehen, so müssen die vorhandenen Organisationsformen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aufrechterhalten werden. Denn nur sie können die Träger des sozialen Friedens und des wirtschaftlichen Ausgleichs der Kräfte sein, nur sie allein können Verhandlungen führen, Vertäge schließen, ihre Einhaltung gewährleisten. Die Not der Zeit bedrängt jetzt auch manche Arbeitgeberverbände; namentlich die Organisationen der Handwerker, des Metallgewerbes und der Kleinrenten besessenen großen Unternehmer. Auch hier wird es der Hilfsaktionen bedürfen, und zwar nicht nur der Medizinal-, der Wirtschaftl., der Unterrichts-, sondern vor allem der Beschaffung von Arbeit. Reich, Staat, Gemeinde, aber auch der private Verbrauch bis herab zur Familie und zum einzelnen sollten immer diese Aufgabe unverändert im Auge behalten. Noch wichtiger ist sie freilich für die Verbände der gewerblichen Arbeiter und der landwirtschaftlichen und technischen Angestellten. Ihre eigenen Kräfte sind bis zum letzten Pfennig für Unterhaltungsbedürfnisse bestimmt. Das Vorgehen der Stadtgemeinde und der Landverbände langwierig. Berlin verdient die höchste Anerkennung und wird hoffentlich allgemeine Vorbild sein — nötigenfalls unter Beihilfe von Reich und Staat. Es würde weit über den wirtschaftlichen Wert hinaus den höchsten moralischen Eindruck machen, wenn das Reich sich entschloße, solchen Hilfsaktionen der Städte einen Zuschuß in gleicher Höhe wie die gemeindliche Aufwendung zuzulassen. Aber alle Unternehmung ist nur ein Gebell, der vor der dringenden Not des Augenblicks, vor dem Hunger des Tages und vor der Unmöglichkeit, seinen Lohn zu empfangen, stehen kann. Dies ist jetzt das bestimmendste jeder Betrachtung der inneren Zustände, Anfang und Ende der gesamten inneren Politik.

Daß die Arbeitslosigkeit groß ist, daß sie vielleicht noch wachsen kann, wird niemand leugnen. Der Hungerbottel ist fast ganz abgehört, wir haben nur sehr wenige und enge Pforten für den Weltverkehr. Manche Rohstoffe werden knapp, das bedeutet weiteren Stillstand von Industrien. Der Verbrauch wird eingeschränkt, Angestellte, Dienstmädchen, Hilfskräfte werden entlassen. Andererseits treten auch vermehrte geringe Verdienstrungen auf dem Arbeitsmarkt ein. Die Kriegsindustrien arbeiten mit Macht. Der Verkehr regelt und hebt sich. Die Unternehmungslust wird wieder jünger. Die Anträge der Behörden, insbesondere für öffentliche Bauten, werden sich mehren, private werden folgen, für die Millionen ihrer friedlichen Arbeit entzogenen Wehrmänner treten hier und da Erlaubnisse ein. Aus den großen Städten und Industriezentren melden sich Tausende und Zehntausende auch von gelehrten Arbeitern zu landlicher Beschäftigung, und die Gewerkschaften fordern nach Kräften diese Abwanderung. Es wird und muß die Anhäufung von Arbeitslosen in den Großstädten verhütet werden; ihre Not bedeutet die einzige wirkliche Gefahr, die wir im Innern zu besorgen haben.

Der Arbeitsnachweis, so hoch sein Nutzen anzuschlagen ist, kann nur Arbeit vermitteln, die vorhanden ist. Arbeit schaffen, neue finden, alte vermehren, ist die wichtigste Pflicht. Wenn in der letzten Zeit 12.000 Arbeiter von Berlin aus aufs Land zur Arbeit gezogen sind, so wird eine große, umfassende, planmäßige Organisation, in der Reich, Staat, Provinz, Gemeinde, Organisationen der Erwerbslosen in Stadt und Land, der Unternehmer und der Arbeiter zusammenwirken, auch für Tausende und Hunderttausende Arbeit finden können. Die mühselige Finanzierung des Reichs, die kräftige Arbeitskräfte, die öffentliche und private Kriegshilfe sind bisher als starke Zankwehren unseren Heldenhelden zur Hilfe getreten. Nun gilt es nach nach das letzte Problem zu lösen, damit die deutsche Arbeit im Innern ihren ruhigen Gang geht und unseren Soldaten, die Welt und Mund vor dem Feinde kämpfen, die Sorge genommen wird. Wer sein Brot mit ehrlicher Arbeit verdienen will und kann, dem muß Arbeit beschafft werden! Wir bitten nun darum, daß auch dies Ziel erreicht wird. Und jede neue Siegesbotschaft läßt uns einen Schritt weiter!

Maßnahmen der Stadtverwaltung Nürnberg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

In Nürnberg, der bedeutendsten Industrie- und Handelsstadt Bayerns, ist die Arbeitslosigkeit durch die Kriegsergebnisse ganz außerordentlich gestiegen. Die in hoher Blüte stehende Metallindustrie, wie auch die Industrie der gesamten Spielwaren und der Wollhandel Nürnbergs sind durch den Krieg vollständig gelähmt, denn alle Länder, die mit uns im Kriege stehen, waren reiche Abgabebiete für Nürnberg. Langsam beginnt in die Ausfuhr der verschiedenen Produkte für die überseeischen Länder wieder etwas Leben zu kommen, so daß die Arbeitslosigkeit wenigstens nicht mehr zu steigen scheint. Genaue Zahlungen der Arbeitslosen liegen nicht vor, aber nach den Angaben des Arbeitsamtes werden nach dem Einreden des Landrats noch ca. 12.000 arbeitslos bleiben, wenn sich die Lage nicht veränderte.

Hier hat nun die Gemeinde die gesetzliche Pflicht, niemand Verhungern zu lassen, sie muß mit allen Mitteln für Arbeitsbeschaffung sorgen und für die Hebräblebende. Paratmittel oder auch Lebensmittel beschaffen. Selbstverständlich wird erwartet, daß auch der Staat die am härtesten betroffenen Gemeinden nicht im Stich läßt. Die Stadtverwaltung Nürnberg gibt sich nun alle Mühe, an der Spitze der Oberbürgermeister, dieser Pflicht zu genügen. Es sind Kriegsfürsorgeämter eingerichtet, die in einem Kriegsfürsorgeamt zusammengefaßt werden. Dieses leitet die Sammlungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Einwehner, prüft die Unterhaltungsansprüche, schafft und leitet die Kriegsgeldern und bemüht sich auch um Arbeit für die heilige Industrie.

Die Stadt verlangt auch von den Unternehmern, die für die Stadt arbeiten, daß sie ihre Arbeiter in halbwochigen Schichten arbeiten lassen, damit die doppelte Anzahl Arbeiter beschäftigt werden kann. Die Privatindustrie wird aufgefordert, ebenfalls durch Verlängerung der Arbeitszeit recht viele Arbeiter zu beschäftigen. Die Stadt selber beschäftigte vor dem Kriegsausbruch über 2100 Arbeiter, von denen bis jetzt rund 500 zum Heere eingezogen worden sind. Alle die Eingezogenen werden wohl nicht ersetzt werden können, weil durch den Krieg auch Veränderungen in den Betrieben notwendig sind.

Das Kriegsfürsorgeamt hat nun vorgeschlagen, die städtischen Arbeiter nur je eine halbe Woche arbeiten zu lassen und für die andere Zeit Arbeitslose einzustellen. Dieser Vorschlag wird wohl bei allen, die es gut mit allen Arbeitlosen meinen, freudig begrüßt werden sein, ist aber nicht so einfach zur Durchföhrung zu bringen. Vor allem sind die städtischen Betriebe nicht einfache Betrieben oder Fabriken, sondern haben sehr viele Eigentümlichkeiten, ferner sollten bei dieser Maßnahme alle Arbeiter gleichmäßig getroffen werden, wie sie in der Lohnstufen vorankommen sind, gelernte und ungelernte, Vorarbeiter und Schichtleute.

Weiter ist zu beachten, daß die Löhne der städtischen Arbeiter so niedrig sind, daß sie nicht auf die Hälfte gekürzt werden könnten, ohne die hundereichen Familien trotz der drei Tage Arbeit der Armenpflege zu überweisen. Die niedrigste Lohnklasse hat einen Anfangslohn von 3,90 Mk., steigend nach 18 Jahren auf 5,10 Mk., taglich die höchste Handwerkerklasse ist 5,30 Mk. bis 6,50 Mk. Es gibt aber Handwerker, die mit 27 Dienstjahren den Höchstlohn noch nicht haben, da es mehrere Lohnklassen für Handwerker gibt. Nur einzelne Vorarbeiter und Maschinisten haben höhere Löhne. Nach einer Statistik des Rechtsrats der Stadt Nürnberg, Dr. Weiß, waren 1912 von 1958 Arbeitern 985 in der niedrigsten Lohnklasse, 74 in der höchsten Handwerkerklasse und nur zwei waren in der höchsten Klasse, das ergibt, daß nur 129 Arbeiter mehr Anfangslohn hatten, als wie in der niedrigsten Lohnklasse überhaupt geboten wird. Es wären also nach dem ersten Vorschlag für viele Arbeiter nur 11,70 Mk. Wochenlohn (ohne Versicherungsabzüge) herausgekommen!

Durch die eingehenden Verhandlungen wurden dann 36 Arbeitsstunden vorgeschlagen mit einer Mindestauszahlung von 15 Mk. Nach weiteren Verhandlungen wurde nach Vorschlägen der sozialdemokratischen Fraktionen und der Organisation der städtischen Arbeiter nun folgende Vorlage an den Magistrat und das Gemeindefolgeamt geleitet:

„Die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen wird ab 7. September auf 36 Stunden pro Woche ermäßigt und wird als Mindestauszahlung an Arbeiterinnen 7,50 Mk. und an Arbeiter 15 Mk. bestimmt. Dergleichen kommt, daß sich die Mindestauszahlung je nach der Anzahl erhöht, auf 16 Mk. bei 1 Kind, 17 Mk. bei 2 bis 3 Kindern, 18 Mk. bei 4 bis 5 Kindern

und 19 Mk. bei 6 und mehr Kindern. Wer mit 36 Stunden arbeiten will, erhält die Berücksichtigung, mehr verdient, erhält natürlich diesen höheren Lohn ausbezahlt.“

Durch diese Maßnahme sollen 500 bis 600 arbeitslose Familienwäter Beschäftigung finden; sie erhalten den Lohn für 36 Stunden nach der Lohnstufen, ebenfalls mit einer Mindestauszahlung von 15 Mk. Diese Vorschläge wurden in einer reich besuchten Versammlung der städtischen Arbeiter besprochen. Dergleichen war auch der Arbeiterreferent und der Oberbürgermeister erschienen. Letzterer hat auch die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen eingehend bearbeitet. Er erklärte ausdrücklich, daß dieses Opfer von den städtischen Arbeitern nicht verlangt werde, um zu sparen, sondern um arbeitslose Mitmenschen zu unterstützen und die Zustimmung der Arbeiter zu der Nothwendigkeit wurde ein Ruhmesblatt für die städtischen Arbeiter sein. Er selbst habe auf die Hälfte seines Gehaltes verzichtet, und wenn der Winter noch größere Not bringen sollte, würde er 75 Proz. opfern, auch das Hebräblebende wird er magt allein für sich verwenden, er hätte jetzt schon acht Köpfe an seinem Tisch, die nicht zu seiner Familie gehören. Er erwarte ferner, daß auch andere ebensolche Opfer bringen wie die städtischen Arbeiter, um die größte Not zu überwinden.

Wenigere städtische Arbeiter leiten dar, daß es ein ungeheures Opfer wäre, was von den Arbeitern verlangt würde, um so mehr als teilweise die erwachsenen Kinder jetzt ebenfalls brotlos wären und von den Eltern mit erhalten werden müßten, daß die Beamten nicht genommen werden könnten, ebenfalls 40 Proz. ihres Gehaltes anzuführen und sie das nicht freiwillig tun würden, trotzdem sie ein Vielfaches der städtischen Arbeiter verdienen. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß der Bürgermeister auch dann seinen Mann stellen solle, wenn diese schwere Zeit vorüber wäre und bessere Verhältnisse für die Arbeiter geschaffen werden sollen.

In den beiden städtischen Kollegien wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die sozialdemokratische Fraktion eine Erklärung abgegeben hatte, daß sie nur schwerer Dergleichen zustimme und nur aus dem Grunde, um die große Arbeitslosigkeit zu mildern, wozu eben alles beitragen müßte, auch die städtischen Arbeiter.

Nachschrift der Redaktion. Uns will scheinen, daß bei voller Würdigung der überaus schwierigen Sachlage in Nürnberg ein Mindestlohn von 18 bis 20 Mk. pro Woche hätte festgesetzt werden können. — Daß die Beamten (mit Ausnahme einiger „weniger“ haben, wie der beiden Bürgermeister) nur spärliche Opfer bringen werden, ist ganz richtig von unseren Kollegen betont worden.

Wochenbericht vom Krieg

Berlin, 7. September 1914.

Die Siegesnachrichten fließen wieder spärlicher. In Nordfrankreich drängen wir bis zu den Feilichtungen von Paris vor. Unsere 42-Zentimeter-Geschütze lassen den Wert der französischen Zeitungen als zweifelhaft erscheinen, so sind verschiedene freiwillig geräumt. Die Militärbehörden lassen durch Aufhebung des Verbots sozialdemokratischer Zeitungen u. s. erkennen, daß sie die Situation treffend würdigen, während die bürgerlichen Politiker durch ihre Sonderberatungen (über Notwendigkeit, leider den „Frieden“ stören. Noch schlimmer sind die Anklagen der Dewitz, Keim und anderer im „Tag“ gegen den „inneren Feind“. Hier sollte die Militärbehörde einmal energisch zupacken und diesem Unfug ein Ende bereiten, denn wo soll die Begeisterung bei den sozialdemokratischen Soldaten herkommen, wenn sie beschimpft und angepöbel werden! Die liberalen und Sensationspresse weiterem jetzt im „Königreich“ und Anzantismus. Wie wohlthuend ist doch das Erlass des Kriegsministers v. Falkenhahn ab (an H. Hoffmann), daß auch Konfessionslose genau so zu behandeln sind wie andere im Militär und bei den Behörden. Gibt es denn keine Mittel, um dem sich immer mehr breitmachenden Vorgehen widerständlichen Dummheit und Siegesglaube (wo wir doch erst am Anfang des Krieges stehen!) ein Ende zu machen? Gewerkschaften und politische Organisations müssen sich unter allen Umständen diesem Kummel fernhalten. Die Situation ist bitter ernst, und die Lohnkämpfe, Forderungen und Forderungen sollten den sie umbrüllenden Scheinpatrioten die Besinnung zurückgeben. — Der Sieg vom

Zannenberg (28. bis 29. August) brachte über 90 000 Gefangene. Das bedeutet die Vernichtung eines russischen Armeekorps. Auch von der österreichischen Armee Muffenberga sind viele tausend Russen gefangen. Geringer ist leider die Hauptstadt Oesterreichs Galiziens Lemberg in russische Hände geraten. Die Hauptkämpfe zwischen Oesterreich und Rußland dauert nun schon zehn Tage und ist noch immer nicht entschieden. Viel hängt von ihrem Ausgang ab! Die französische Regierung ist nach Bordeaux (Südfrankreich) geflüchtet. Der Zusammenbruch der französischen Armeen ist nur noch eine Frage der Zeit. Dann kommen England und Rußland dran! Schwer ist die Arbeit des Krieges. Allen unseren wackeren Soldaten im Felde erbitte wir unseren Gruß! Wir lassen die Einzelvorgänge folgen: 31. August. Hilfskreuzer Kaiser Wilhelm der Große im neutralen Gewässer von Rio de Janeiro zum Sinken gebracht. (Engländer Verstoß gegen Völkerrecht!) Verjagung garette. -- Oesterreicher melden kleinere Teilerfolge bei Zamose und Tomaszow. Der Gesamtkampf ist noch immer unentschieden. -- Die harte nordfranzösische Festung Lille ist in aller Eile geräumt und als „offene Stadt“ erklärt worden. -- Zahlreiche deutsche Freiwillige in Frankreich: bei Comblès, St. Quentin, Festung Montmedon und Givet sowie verschiedene feste Orte erobert. -- Deutsche Aircorps landen in Paris. -- Englische Expedition hat Apia (Deutsch Samoa) zur Kapitulation gebracht. (29. August.) -- Generalkonferenz der v. Stein berichtet über ausgedehnten Gesundheitszustand des deutschen Heeres; meißelt Lob! -- Pelagische und enalische Truppen sollen zum Dum Geischoffe verwanzt haben. (Bericht gegen Völkerecht!) -- Löwen belagert infolge Antrittsuntertrag von Deutschen Truppen grotentwils eingestrichelt. (27. 8.) -- 1. September. Verbot des „Vorwärts“ und sonstiger sozialdemokratischer Schriften beim Meer aufgehoeben! -- Zehn französische Armeekorps zwischen Reims und Verdun geschlagen! -- Teilsig der Oesterreicher (Armee Muffenberga) bei Tuzsowora, 200 Gefangene, viele tausend Gefangene. -- 2. September. Ein „Zeppelin“ wirft zahlreiche Bomben über Antwerpen. Rückwärtlich! -- Französische Regierung verläßt Paris, flüchtet nach Bordeaux, hinterläßt Aufruf, den Kampf weiterzuführen, „während die russischen Armeen weiter vorrücken!“ -- Mobilmachung der Türkei! -- 3. September. Reims (starke französische Festung) ohne Kampf besetzt. -- Macdonald (englischer Sozialistenführer) protestiert erneut gegen die Beteiligung Englands am Krieg, weil nach, daß mit Frankreich seit 1906 Vereinbarung bestand, im Kriege gegen Deutschland die Neutralität Belgiens nicht zu respektieren! -- 4. September. Lemberg (Oesterreichisch-Galiziens) von den Oesterreichern geräumt, „aus strategischen Gründen“. Von den Russen besetzt! -- In Belgien ist deutsche Polizeiverwaltung eingerichtet. -- 5. und 6. September. Die Regierungen Englands, Frankreichs und Rußlands haben sich wechselseitig verpflichtet, keinen Einzelfrieden im Laufe dieses Krieges zu schließen. Das und manches andere bedeutet: Wir stehen erst am Anfang des Krieges!

◆ **Kriegsbriefe** ◆

Aus dem Schlachtgetümmel. Ein Göttinger Arbeiter schreibt am 28. August: „Sonnenabend, den 22. August, früh 1 Uhr, marschierten wir von Luxemburg durch Voßbrunnen und überbrücken mittags 12 Uhr die französische Grenze. Es war ein Gloriosa; ohne jegliche Speise wurden wir nachmittags ins feindliche Feuer geführt. Wir gingen wie Schlachttiere stumpfsinnig vorwärts. Die ersten Verwundeten kommen in Scharen an uns vorbei. Ich war gefaßt, ich kannte keine Furcht, es ging nur vorwärts. In der ersten Viertelstunde habe ich in meiner Unwissenheit keine Verluste bemerkt. Jetzt liegt ich über den ersten toten Franzosen. Wir müssen jeden anstoßen, weil die Mörle sich totstellen und uns von hinten anschauen. Bei dem war es nicht nötig; das Gehirn lief aus dem Schädel. Jetzt ging es weiter, unsere Brüder fielen, sehr viele; ein lauter Schmerzensschrei verriet wieder einen Verwundeten oder Toten. Wir gehen nur immer vorwärts. Die Franzosen, die Mörle, laufen was sie können, nur die französische Artillerie macht uns jähler zu schreien. Hageldicht pfeifen uns die Kugeln um die Ohren. Die Infanterie schießt weit zu hoch. Wir bekommen plötzlich links Mörlefeuer; wir liegen immer im Straßengraben lang; ich kümmere mich nicht mehr um alle anderen, ich rufe allen nur zu: vorwärts! Schlagen die Schrapnells zu dicht ein, werfe ich mich auf den Bauch; eine innere Stimme lehnt mir zu sagen, jetzt laufe wieder vorwärts. In einem Graben komme ich neben unseren Major zu liegen. Es hagelt vor Augen. Ich kriech auf dem Bauche in eine kleine Mulde; einen halben Meter vor mir schlägt ein Schrapnell in die Erde, reißt ein tiefes Loch und schleudert mich in

die Luft. Es war ein sogenannter Aufseher. Ich verliere die Besinnung, ich werde mit Wasser begossen; ich zude an allen Gliedern, alles noch dran. Schon ging es weiter. Recht kam ich mir erst ganz kugelfest vor. Ich komme an einer Mörlepuppe vorbei; ein Kamerad ritt mir im Vorbeigehen zu: „Hilf mir!“ Ich lie vor ihm hin, mache ihm einen Notverband; die ganze Hand zerflossen, aber der gefährlichste Schuß sah im Munde. Ich gab ihm einen Schluck Wein, welcher mir nie fehlte. Der Unglückliche sprach mir dankend mit der blutigen Hand übers Gesicht und sagte: „Danke, Kamerad!“ Es mußte alles nichts mehr, es war vorbei. Ich mußte weiter. Wir nehmen das erste Dorf mit dem Bajonett im Sturm. Die Mörle laufen was sie können. Wir sind durch das Dorf. Ein Schuß fällt aus einem Hause. Das war das Zeichen, um das ganze Dorf anzubrennen. Das dauert nicht lange; es wird immer ein Fenster eingeworfen, eine Mörlepuppe angezündet und reingeworfen und etwas Holz nach; da kann man gleich drauf warten. In dieser Weise haben wir noch vier Dörfer angezündet. Es wird Abend, überall ein Klammernmeer. Wir sammeln uns, ich habe meine Kompanie, finde aber nur wenige, es ist alles durcheinander. Vor Müdigkeit legen wir uns platt auf die Erde, um uns rum das Schreien und Wimmern der Verwundeten und Sterbenden. Es ist finstere Nacht, wir können nicht helfen. Die Arantenträgerkolonnen wollen das Zerschmelzen abhaken, werden aber durch Krankenträger mit Schuhen vertrieben; so mußte alles liegen bleiben, bis der Sonnenaufgang kam. Es wird schon dunkel kalt. Wir stehen alle um 4 Uhr morgens auf; ich kann mit meinem linken Bein nicht mehr fort, es ist wie gelähmt. Sonntag war Ruhe. Wir finden das Feld ab, tragen tote und Verwundete weg, machen große lange Löcher. 25 tote unversehrte, mit voller Ausrüstung, Deutsche und Franzosen, alles durcheinander; jetzt und wir alle nur Menschen und Kameraden. Die Franzosen werden von uns gut behandelt. Ich muß alles überbringen, davon habe. Montag morgen konnte ich nicht mit fort; ich lebe auf der Feldfläche, um mich etwas zu erholen, aber es wurde mein Verbleiben. Durch einen tiefen Graben ging es im Galopp, alles flog in die Luft. Ich solle aus Streuz und bleibe behütungslos liegen. Durch heftiges Schrapnellfeuer erwahe ich. Ich kann nicht mehr auf, bekomme keine Lust mehr. Um mich herum liegen die Gefallenen drei Stunden lang. Endlich ist Ruhe um mich. Ich kriech auf allen Vieren drei Stunden lang; ich habe Glück, werde in ein Feldlazarett aufgenommen. Nach zwei Tagen werden wir per Bahn nach hier gebracht, ich sollte nach Hause, aber ich will mich erst hier ausheilen. Liege in Privat ganz allein in einem Salonzimmer, habe liebevolle Pflege, fünf Minuten vom Abendessen; mache morgen den ersten Spaziergang dorthin. Tepestische erhalten? Zeit unbefragt um mich, ich schlage mich durch.“

Vom Schlachtfeld bei Lunewille schreibt ein Saarbrücker Genüßlicher der „Mölnischen Zeitung“: Die Nacht verbrachten wir im Automobil, und die Müdigkeit sowie die naturgemäße Abspannung nach all den Eindrücken des vergangenen Tages verhalfen uns zu einem wenn auch nur unruhigen Schlaf. Wir fuhren am anderen Morgen in der Frühe aus Lunewille hinaus und hatten im nächsten Augenblick vor uns das gewaltige Schlachtfeld, über das wir am vergangenen Abend in der Dunkelheit gefahren waren. Wer vermag den entsetzlichen Anblick des Leichenfeldes zu beschreiben. Da lagen die toten Feinde mit zerflossenen Leibern in den Straßengraben, an den Abhängen und Böschungen, auf freiem Felde, unter und neben ihren Pferden, furchtbare Bilder! Die Arme in abwehrender Haltung erstarrt, die Hände im Todeskampf zusammengekrampft, die Angesichter von Blut und Staub bedeckt, von Kriegswut und Todessehnen verzerrt! Verlassene Munitionswagen, zum Teil umgestürzt, die Räder zerbrochen, zerfetzte und beschmutzte Uniformstücke, Waffen aller Art zu Bergen geräumt. Zurückbar hat die Kriegsbürde hier gewartet; der Tod hat seine Ernte gehalten. Der entsetzliche Mörlegeruch, der auf viele Stunden weit die ganze Gegend erfüllte — hier hat er sich mit Schweiß- und Verwesungsduften gemischt zu einem erstickenden Atem. Aber nicht einen einzigen Leichnam eines deutschen Soldaten haben wir. Große frische Erdbügel, sorgfältig geerntet und abgegrenzt, mit Holzkreuzen versehen, zeigten die Massengräber an, in denen die Kameradentreue unsere gefallenen Brüder bereits zur letzten Ruhe gebettet hatte. Hier wie überall hatten unsere Soldaten zunächst für die Rettung unserer Gefallenen gesorgt.

Unter Weg führt uns nach Einville zum Feldlazarett Nr. 7. Welch eine Stätte namenlosen Jammers! Ich habe zwei Abende hier verlebt; ihr Grauen wird mir unergänglich sein. Da liegen die Sterbenden, vielleicht schon Toten, die Schwerverwundeten in der großen Villa, die einem französischen Notar gehört hat, Mann neben Mann. Und sie liegen unter dem freien Himmel, noch unverwundet, auf dem Rasen des großen Gartens vor dem Hause, Tag und Nacht. Die Ärzte arbeiten mit einer Eingebung, die überglühend sucht, aber sie können die Mischenarbeit nicht bewältigen. Wir leben, in der Dunkelheit taugend, auf vor Fuß, die Verwundeten nicht zu verletzen, die Toten nicht zu treten; wir steigen über sie hinweg. Heber die dunkle Weite lausche ich hinweg, wo sie gebettet liegen Kopf an Kopf. Eine schauerliche Stille! Nur hin und wieder ein tiefes Stöhnen. Dann wieder Grabesstille. Sind sie tot? Liegen sie um Sterben? Wir wissen es nicht. Wir hat der Jammer und die Not der Schwerverletzten,

die Tag und Nacht ohne jede Hilfe unter dem Himmel lagen, tief ins Herz geschnitten. Wie werde ich das Bild von Einville am Rhein-Maine-Stranal vergessen und den beklemmenden Mutatem dieser furchtbaren Stätte.

Und ich habe dann den Toten, den ich suchen und seiner trauernden Witwe zuführen sollte, damit er in der Heimat die letzte Ruhestätte bei seinen Lieben fände, gefunden, einen jungen Offizier, der wenige Tage nach der Völkermachung mit seiner jungen Frau vor mir am Altar stand, daß ich den Pund fürs Leben segne. Und heute schon, wenige Tage nach der Völkermachung, liegt er als einer der gefallenen Soldaten in seinem Unte vor mir! Französische Einwohner von Einville, arme Tagelöhner, halfen mir, den Toten unter der grautigen Erde aufzufuchen. Sie haben im Schwelge ihres Angesichts bei dem traurigen Werke geschafft, doch als ich sie entlohnen will, lehnen sie einmütig ab. „O, dieser junge tapfere Offizier!“ rufen sie aus, „o, sein tragisches Geschick, arme arme junge Frau! Nein, wir sind Christen, wir nehmen nicht!“ Es ist mir unmöglich, sie für ihre Dienste zu bezahlen. Ich reiche ihnen allen die Hand und danke ihnen tiefergedrückt. — Die Zerfährte kommt ein trauriger Zug beauf. Voran der katholische Pfarrer des Ortes, ein ehrwürdiges Haupt in grauem Haar, neben ihm der Kaplan. Hinter ihnen sechs Wagen mit Pferden bespannt und von Bauern geführt. In Säufen liegen die Toten darauf, das Wagengrab an der Friedhofsmauer nimmt sie auf zur ewigen Ruhe!

Mein Weg geht wieder heimwärts mit dem stillen Toten. Noch einmal halten wir vor einem Grabstein, in dem die Leiche eines hiesigen Mannes ruht. Die Leiche ist in einem Leinwandbeutel. Die Leinwandbeutel tragen wir an das Leinwandlager. Auf der Erde geht es weiter, mit dem Mantel bedeckt. Helm und Zegen auf der Brust, das Lager von dem treuen Paraden mit Blumen geschmückt. Es regnet es da, trotz der schweren Wunden das Antlitz voll trübsinnigen Leidens. Ein Wollzug ist schnell herbeigeholt. . . .

Wohle denen, die vor der Vergangenheit und vor der Weltgeschichte die fürchterliche Verantwortung tragen für diesen entsetzlichen Krieg, für den Jammer des Humanen Völkermordens, dem kein Menschewort und keine Feder zu schildern vermag! . . .

◆ Aus den Stadtparlamenten ◆

Familienunterstützung der Gemeinden an städtische Arbeiter.

Ablershof. Ein Kollege teilt uns mit, daß unsere Meldung in Nr. 35, die Gemeinde zahle den einberufenen verheirateten Arbeitern den vollen Lohn und den Unberufenen 11 Tage lang weiter, nicht zutrifft. Was jetzt ist noch kein Beschluß gefaßt. Wir hatten die Notiz der Tagespresse entnommen.

Reelitz (Weilstätten der Berliner Landesversicherungsanstalt). Die Angestellten erhalten die vollen Löhne ohne Anrechnung der Reichsunterstützung weiter.

Berlin. Die im Felde stehenden städtischen Arbeiter erhalten nach einmonatiger Weidkäftigung die Hälfte bis drei Viertel des bisherigen Lohnes inkl. Staatsunterstützung.

Danzig. Die Familien der eingezogenen städtischen Arbeiter erhalten je nach der Dienstdauer ihrer Ernährer ein Drittel bis die Hälfte der Löhne und die üblichen Anberufzulagen weiter.

Oberfeld. Auf Antrag unserer Kollegen hat die Stadtverwaltung beschlossen, sämtliche einberufenen städtischen Arbeiter gegen Krankheit weiter zu versichern. Die Stadt zahlt die Beiträge. Die Familien wurden benachrichtigt, wenn ihr Ernährer im Felde krank oder verwundet wird, sind sie berechtigt, Krankengeld zu beziehen.

Freiburg i. B. Die Familien der eingezogenen städtischen Arbeiter erhalten zur Reichsunterstützung so viel Zuschuß, daß der volle Lohn erreicht wird.

Seidelsberg zahlt den Familien der eingezogenen städtischen Arbeiter während der Dauer des Krieges 50 Proz. des Lohnes.

Mannheim. (Oberheinische Eisenbahngesellschaft). Die Arbeiter erhalten für 14 Tage den Lohn weiter, dann die Frauen 25 Proz. und jedes Kind 5 Proz. Die Gesamtsumme darf jedoch die Hälfte des Lohnes nicht übersteigen. Ledige Arbeiter erhalten ein Geschenk von 25 Mk.

Mühlhausen i. G. zahlt 50 Proz. des Lohnes neben der Reichsunterstützung.

Nordhausen. Die Stadt zahlt zwei Drittel des Lohnes und für jede dritte Person 3 Mk. extra während der Dauer des Krieges weiter.

Die Gasanstalt gewährt drei Viertel des Lohnes und für jedes Kind 1 Mk. wöchentlich weiter.

Plauen i. B. Die Frauen erhalten 25 Proz., die Kinder 6 Proz. des Lohnes.

Sönned. Die Stadt zahlt den Angehörigen ihrer im Felde stehenden Arbeiter den Lohn für zwei Wochen weiter. Außerdem erhält die Frau 1,40 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. pro Woche.

Schwinfurt zahlt seinen im Felde stehenden Arbeitern den Lohn weiter unter Abzug der staatlichen Unterstützung.

Stahfurt zahlt den halben Lohn während der Kriegsdauer weiter.

Strasbourg i. G. Für den Monat August erhielten die Familien den vollen Lohn, ab 1. September 75 Proz. während der Dauer des Krieges weiter. Die Reichsunterstützung wird mit eingerechnet. Der in Nr. 34 veröffentlichte Bescheid ist in dieser Weise abgeändert worden.

Würzburg. Hier erhalten die Angehörigen der im Felde stehenden städtischen Arbeiter für die erste Woche den vollen Lohn weiter unter Abzug der Staatsunterstützung. Abdam erhält die Frau 10 Mk. und für jedes Kind 2 Mk. pro Monat.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

Berlin. Am 1. September fand eine sehr gut besetzte Generalversammlung im Gewerkschaftslocale statt. Die vom Hauptvorstand und dem Verbandsausschuß beschlossene Neuregelung der Internationalserrichtungen wurde „Gewerkschaft“ Nr. 31 in Baden den ersten Punkt der Tagesordnung. Von den Beratungskörperschaften waren für die Aktion folgende Veränderungen bzw. Ergänzungen durch Lokale Unterstützung vorgeschlagen. Die Arbeitslosenunterstützung wird pro Woche auf 8 Mk. festgesetzt. Somit geht die Unterstützung Berlin 100 Mk. jährlich, so daß die Internationals von 1920 auf 12 Mk. hin erhöht. Soweit die in den Beratungen vorgeschlagenen von den Gewerkschaften keinen Zuspruch erhalten, werden seitens der Aktion pro Woche 2,50 Mk. zuerkannt. Weiter ist die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung für Auswärtsverleiher auf die Dauer von zwei Wochen in Aussicht genommen. Die weiter beschlossenen Änderungen in den anderen lokalen Internationals, die Internationals für die Familien der ins Feld eingezogenen werden in einem künftigen Mitteilungsblatt bekanntgegeben. Nach sehr erheuernder Diskussion wurde die von der Orts- und erweiterten Verwaltung vorgeschlagene Neugestaltung der Unterstützungserrichtungen einstimmig angenommen.

Berlin. (Strafvereinnigung.) Endlich werden für die eingezogenen Kollegen zum Teil Ersatzkräfte eingesetzt. Natürlich wird trotz aller gegenseitigen Erklärungen des Magistrats der Zentralarbeitsnachweis von der Direktion nicht benutzt. „Wie der Herr, so das Geschick“ denken die der Direktion nachgeordneten Amtmänner. Letztere bestimmte, daß nur verheiratete Leute eingesetzt werden. Trotzdem sind unberufene Leute (deren Väter einer beispielsweise Vorarbeiter bei der Strafvereinnigung ist) eingestellt worden. Ob die Direktion wirklich ihrer Verfügung Beachtung verschafft, bleibt abzuwarten. Wir wollen nicht hoffen, daß man lauerweise die Sache geben lassen wird!

Chemnitz. Die unzureichende Arbeitslosigkeit in unserer Industrie hat die Sonn auf sozialem Gebiete nicht an erster Stelle stehende Stadtverwaltung dazu anzu gezwungen, Maßnahmen zur Steuerung der Arbeitslosigkeit zu treffen, die man früher für eine Utopie erklärte. Eine kommunale Arbeitslosenunterstützung mit Unterstützung der Gewerkschaften hat man beschlossen. Wenn auch noch manches daran zu wünschen übrig bleibt, so ist doch endlich ein Anfang gemacht. Voraussetzung für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung ist der Besitz des Internationalswohnsitzes und der Nachweis, daß der Arbeitslose vor dem 1. August sich selbst seinen Lebensunterhalt erworben hat. Die Arbeitslosenunterstützung idendert sich in Zuschussentnahme für solche Arbeitslose, die einer Berufsvereinnigung angehören und von dieser Arbeitslosenunterstützung beziehen, zweitens in Unterstützung für solche, die einer Berufsvereinnigung nicht angehören oder die von ihrer Berufsvereinnigung überhaupt keine Unterstützung erhalten oder ausgetrennt sind, und drittens in Unterstützung für solche, die in Chemnitz den Internationalswohnsitz noch nicht erworben haben, aber bis zum 1. August in Chemnitz wohnhaft waren. Die Zuschussunterstützung beträgt für solche, die von ihrer Organisation Arbeitslosenunterstützung erhalten, für den Betrag 50 Pf. für Männliche und 30 Pf. für Weibliche. Die Kontrolle dieser Arbeitslosen haben die Gewerkschaften zu übernehmen. Sie haben dann am Wochenende eine Liste der von ihnen Internationals dem Rate einzureichen, worauf ihnen vom Rate die entsprechende Summe anzureichen wird, die dann die Gewerkschaften an ihre Arbeitslosen auszusahlen haben. Die Unterstützung für die übrigen Arbeitslosen wird von der Stadt direkt an diese ausbezahlt. Die Internationals beträgt für Männliche wöchentlich 5 Mk., für Weibliche 4 Mk., für Jugendliche 2,50 Mk. Außerdem werden für Kinder besondere Zuschüsse gewährt, doch darf die Gesamtsumme 15 Mk. wöchentlich nicht übersteigen.

Kreuznach. Die hiesige Stadtverwaltung hat der Arbeitslosigkeit durch Forthandarbeiten zu wehren. Anstatt nun aber dafür einen anständigen Tagelohn zu gewahren, zahlt die Stadt für schwere Arbeit nur einen Tagelohn von 1,40 Mk. pro Tag. (Lohn der Arbeiter) weshalb, daß damit eine anständige Lebensunterhalt leben kann. Nachhandarbeiten war ja in Kreuznach schon

immer Trampf. Das läßt sich hier auch leicht nicht anders zu werden, obwohl gegenwärtig allgemein ein jezigeles Jag durch Deutschlands Gänge geht.

Maagburg. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung wurde am 29. August abgehalten. Sie beschäftigte sich mit den Verbandsbeschlüssen, welche während der Kriegsdauer in Kraft treten sollen; auch mit dem, was der Magistrat für die Frauen der ins Feld gezogenen häuslichen Arbeiter zu tun gedenkt. Das Andenken eines verstorbenen Verbandsmitgliedes wurde in der üblichen Weise gehalten. Hierauf erstattete Bericht über die Situation unserer Angelegenheiten. Über 200 Mitglieder sind zum Heer eingezogen. Kollege Wadendorff erstattete eingehend die vorgesehene Minderungen zu den Unterstützungen. Hierauf erstattete Stadtverordneter Peim's Bericht über das Eingreifen der Stadtverwaltung für die Familien der ins Feld gezogenen häuslichen Arbeiter. Nachdem zunächst 14 Tage voller Lohn gezahlt worden ist, hat die hierzu eingeleitete städtische Kommission, weiter für die betroffenen Familien zu sorgen. Es ist vorausgesehen, 33 1/2 Proz. vom Tagelohnen zu zahlen. Darüber wird die nächste Stadtverordnetenversammlung Bescheid lassen. In der sich anschließenden Diskussion wurde gewünscht, daß vom Magistrat für Frauen, welche sich in Not befinden, Beschlüsse zur Auszahlung gelangen. Auch wurde angeregt, eine Erntekasse von wöchentlich 25 Pf. zu erheben, damit wir den Familien der ins Feld gezogenen Kollegen mehr zur Seite stehen können. Vorderrand soll aber davon Abstand genommen werden. Mit einem Appell, alles daranzusetzen, um die Mittel nach während dieser schweren und ersten Zeit auf der bisherigen Höhe zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Weißen. Der Rat hatte beschloffen, den zum Heere einberufenen häuslichen Arbeitern eine Unterstützung bis zu zwei Dritteln des Lohnes zu gewähren. Die Stadtverordneten beschloffen dagegen, im Monat August den vollen Lohn zu zahlen und erst ab September auf die zwei Drittel zurückzugehen. Der Rat ist jedoch leider diesem Beschlusse nicht beigetreten, weil er es nicht für angängig halte, Arbeiter und Beamte gleich zu behandeln. Der Rat habe einen öffentlichen Anspruch auf das volle Gehalt, der Arbeiter aber nicht. Die Stadt gebe sowieso schon über das hinaus, was der Staat seinen Arbeitern gebe. Stadtverordneter Gensche hat bemerkt ganz richtig, die Beamtenfamilien bekämen nicht selten das Doppelte und Dreifache der Arbeiterlöhne, sogar den ledigen Beamten werde das volle Gehalt gezahlt. Man müsse doch beachten, daß alle, ob Arbeiter oder Beamter, fürs Vaterland hinausgehen müßten, und im Felde werde zwischen Beamten und Arbeitern auch kein Unterschied gemacht. Deshalb dürfe man doch auch bei den Familien der Eingezogenen keinen Unterschied machen und den Armeren nicht noch mehr Beschränkungen auferlegen. — Es müßte aber alles nichts, der Antrag wurde gegen acht Stimmen angenommen.

Wittweida. In unserer Mitgliederversammlung am 2. September erstattete Kollege Freijler die Maßnahmen des Verbandsvorstandes hinsichtlich des Unterstützungsweises. In der ersten Aufregung bei Beginn der Mobilmachung glauben die Kollegen, die Organisation sei in Gefahr, auch hatten sie den Beschlüssen des Verbandsvorstandes, die Rechte und Pflichten der einbezogenen Mitglieder nicht richtig aufgefaßt. Nach erfolgter Aufklärung jedoch kehrte wieder Ruhe ein, zumal nun auch den Familien der einbezogenen Kollegen eine Unterstützung gewährt wird. Für den Monat August sind für diese Unterstützung an die 20 Ehefrauen der einbezogenen Kollegen bereits 94,50 Mk. zur Auszahlung gekommen, was allgemeine Befriedigung auslöste.

Neugersdorf. Unsere am 29. August abgehaltene Mitgliederversammlung erfreute sich guten Besuchs. Kollege Freijler referierte über die Maßnahmen des Verbandsvorstandes für die Unterstützungen während des Krieges. Die Familienunterstützung fand allgemein Beifall, während man bei der Arbeitslosenunterstützung eine Erweiterung der Leistungen gewünscht hätte, zumal auch vielfach Kollegen in Frage kämen, die nur tageweise aussetzen müßten, dadurch einen recht schmalen Verdienst hätten und trotzdem Arbeitslosenunterstützung nicht erhalten könnten. Beschlössen wurde, den Arbeiterausschuß zu beauftragen, umgehend mit der Gemeindeverwaltung wegen anderer Regelung der Arbeitszeit zu verhandeln. Einbezogen wurden hier 11 Kollegen.

Sittau. Der Besuch der Mitgliederversammlung am 30. August ließ zu wünschen übrig. Neben die Beschlüsse des Verbandsvorstandes für die Kriegsvorgänge unseres Verbandes referierte Kollege Freijler. In der Debatte erklärten die Kollegen, daß die Minderungen der Krankenunterstützung zu hoch seien usw. Man hätte auch die Arbeitslosenunterstützung erweitern können. Weiter wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Familienunterstützung bei der Berechnung der staatlichen und städtischen Zuschüsse mit angerechnet werden würde und so durch unsere Unterstützung die städtischen Kassen entlastet würden. Beschlössen wurde, die im Ortsrat vorgesehene Unterstützung bei Sterbefällen von Kindern außer Kraft zu setzen. An Stelle des einbezogenen Vorsitzenden wurde Kollege Carl Weber jun zum Vorwissen gewählt.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Gewerkschaftliche Maßnahmen während der Kriegszeit.

Der Verband der Zattler und Porteuillier erhebt von den Mitgliedern, die in Betrieben für den Kriegsbedarf arbeiten, einen wöchentlichen Extrabeitrag von 10 Proz. Die übrigen in Arbeit stehenden Mitglieder zahlen freiwillige Extrabeiträge von 2 bis 5 Pf. pro verdiente Mark. Die Angestellten des Verbandes verzichten auf ein Viertel ihres Gehalts. Die Arbeitslosenunterstützung wurde auf 1 Mk. pro Tag für männliche und 75 Pf. für weibliche Mitglieder festgesetzt. Die Höchstgrenze beträgt je nach Mitgliedschaftsdauer 30 bis 66 Mk. resp. 20 bis 50 Mk. Krankenunterstützung kann in Höhe der Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden, und zwar nur an Mitglieder, die aus keiner Krankentafel Unterstützung erhalten. Eine besondere Notstandsunterstützung für Ausgewanderte wurde vom Vorstand und Ausschuß zunächst im Prinzip beschlossen. Das Leitungsorgan erwidert nur noch vierseitig.

Der Schuhmacherverband hat sämtliche statutarischen Unterstützungen außer Kraft gesetzt. Dafür wird jetzt nur noch Arbeitslosenunterstützung von 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100 Mk. gewährt. Lokale Unterstützungen sind gleichfalls aufgehoben. Die lokalen Mittel müssen dem Hauptvorstand zur möglichst langen Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung und der noch festzusetzenden Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer zur Verfügung gestellt werden. Das „Schuhmacher Jahrbuch“ erscheint nur noch alle vierzehn Tage und nur vierseitig.

Der Tapeziererverband reduzierte die Arbeitslosenunterstützung auf 75 Pf., 1.— Mk. und 1,25 Mk. pro Tag. Diese Unterstützung wird bis zu 48 Tagen gewährt. Krankenunterstützung wird nur gewährt, wenn ein Mitglied keine Unterstützungen einer Krankentafel bezieht. Den Familien der im Felde stehenden Mitglieder werden vom Verband keine Unterstützungen zuteil. Der Vorstand empfiehlt aber den Ämtern, Komitees zu bilden, die den Familien zur Erlangung der staatlichen, gemeindlichen und event. privaten Unterstützungen behilflich sind.

Der Verband der Töpfer hat die Streik-, Genossenschafts- und Umzugsunterstützung aufgehoben. Die Arbeitslosenunterstützung wird in alter Höhe weiter gezahlt, nur erhalten Ledige wöchentlich 1 Mk. weniger. Die Sterbeunterstützung wurde auf 10 bis 50 Mk. herabgesetzt. Als Wanderunterstützung gelten die Sätze der Arbeitslosenunterstützung. Ausgewanderte Arbeitslose erhalten Ausgewandertenunterstützung von 3 Mk. bis zur Dauer von sechs Wochen, unverheiratete Mitglieder erhalten 2 Mk. Den Familien der Arbeiter kann auf Antrag der Ortsverwaltung eine einmalige Normunterstützung gewährt werden. Wer während der Dauer des Krieges wöchentlich nur bis zu 10 Mk. verdient, ist für diese Zeit vom Beitrage frei.

Der Zimmererverband zahlt die Arbeitslosenunterstützung weiter. Den Zweigvereinen ist nahegelegt worden, ihre ständigen Lokalgelder der Hauptkasse zu überweisen. Die Streiks wurden sofort abgebrochen.

Der Zentralverband der Fleischer gewährt ab 9. August keine Krankenunterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt wöchentlich 6 Mk. bis zur Höhe von 30 Mk. Die in Not geratenen Hinterbliebenen der im Felde befindlichen Mitglieder erhalten, falls mindestens 53 Wochenbeiträge gezahlt sind, zu der staatlichen Unterstützung einen Zuschuß von 6 Mk. Sterbeunterstützung wird wie bisher weitergezahlt mit Ausnahme für diejenigen, die im Felde fallen. Die Krankenunterstützung wird ebenfalls weitergezahlt. Die Zuschüsse aus den Lokalkassen werden aufgehoben. Die Gehälter der noch verlebenden Angestellten sind auf die Hälfte reduziert worden.

Der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband hat zunächst die Auszahlung der Genossenschaftsunterstützung eingestellt und die Ämtern angewiesen, Zuschläge zu den statutarischen Unterstützungen nicht mehr zu gewähren. Weitere Maßnahmen sind bis nach dem Zusammentritt der Vorstandskonferenz zurückgestellt.

Der Zentralverband der Handlungsgeschäften hat die Kranken- und Umzugsunterstützung aufgehoben. Die Arbeitslosenunterstützung wurde auf 1,75 bis 7.— Mk., die Sterbeunterstützung in den ersten beiden Beitragsklassen auf 50, 75 und 100 Mk. reduziert. In der dritten und vierten Beitragsklasse wird die Hälfte der vorstehenden Sterbebeiträge gewährt. Die Angestellten verzichten auf ein Viertel ihres Gehalts. Die „Handlungsgeschäften-Zeitung“ erscheint in beschränktem Umfange. Sie wird auch den Angehörigen der Kriegsteilnehmer zugestellt. „Der Kassenleiter“, das Organ der Lagerhalter, erwidert nicht mehr.

Der Verband der Auswärtigen zahlt die statutarischen Unterstützungen weiter. Zur Unterstützung der Familien der im Felde stehenden Mitglieder wird ein Grundlohn gebildet, zu dessen Aufzählung jedes mindestens 3 Tage arbeitende Mitglied 10 Pf. Extrabeitrag abzuführen hat. Ferner verzichten die Angestellten auf

nehmen dieses Fonds auf ein Viertel ihres Gehaltes. Die Filialen sollen aus ihren Mitteln freiwillige Zuwendungen machen.

Der Porzellanarbeiterverband hat alle statutarischen Unterstützungen außer Kraft gesetzt. Die Arbeitslofenunterstützung wurde auf 1,50 bis 6. - M. für verheiratete und 1 M. bis 4 M. für ledige Mitglieder herabgesetzt. Die Angeestellten verzichten auf ein Viertel ihres Gehaltes.

Der Zentralverein der Tischbauer hebt den Beitrag um 20 Pf. wöchentlich heran. Arbeitslofen und Krankenunterstützung werden weitergezahlt. Die Unterstüßungsdauer aber wird um 14 Tage gekürzt. Sterbegeld und Krankenunterstützung fallen fort.

Der Steinarbeiterverband stellt fest, daß 35 Proz. (10.500) seiner Mitglieder zu den Fahren einberufen wurden und von den verbleibenden 65 Proz. (19.500) etwa die Hälfte arbeitslos ist. Für Mitglieder, die mindestens 16 Beiträge bezahlt haben, treten bis auf weiteres folgende Bestimmungen in Kraft: Die Höhe der bisherigen Beiträge bleibt bestehen. Wer länger als drei Tage in der Woche erwerbslos ist, kann Erwerbslofenmarken a 20 Pf. Heben. Unterstützungen aus lokalen Mitteln dürfen in keinem Fall gewährt werden. Krankenunterstützung wird nur gewährt, wenn das Mitglied seine Ansprüche an eine Krankenkasse mehr hat. Die Sterbeunterstützung wurde auf 20 und 30 M. herabgesetzt und wird nur für verheiratete Mitglieder oder an die Angehörigen solcher ledigen Mitglieder gezahlt, deren Ernährer der Verstorbene war. Die Arbeitslofenunterstützung beträgt 3. - M. für Ledige, 1,50 M. für Verheiratete nach 52 gezahlten Beiträgen und 1,50 M. resp. 6 M. nach 100 gezahlten Beiträgen bis zu Dauer von sechs Wochen. Die Sterbeunterstützung wird ganz aufgehoben; an ihrer Stelle kann die Arbeitslofenunterstützung bezogen werden. Die Familien der im Feld lebender Mitglieder erhalten am 1. Oktober eine einmalige Unterstüßung von 10 M. Die Gehälter der Angeestellten und die Löhne werden um 25 Proz. gekürzt.

Der Metallarbeiterverband hob alle statutarischen Unterstützungen auf. Dazu kam eine Notstandsunterstützung von 6 M. für Verheiratete und 5 M. für Ledige pro Woche. Aus lokalen Mitteln dürfen Unterstützungen nicht mehr gewährt werden. Das Gehalt des Vorsitzenden wurde vergrößert.

Der Verband der Bäcker zahlt die statutenmäßigen Unterstützungen weiter. Außerdem sollen die Familien der im Felde lebenden Mitglieder unterstützt werden. Das Verbandsorgan erscheint nur noch vierwöchentlich. Von 13 Angeestellten des Verbandes sind 11 entlassen.

Der Verband der Bureauangestellten hat die Auszahlung der Krankenunterstützung für die Mitglieder eingestellt. Die gegen Krankheit vermindert sind oder während der Krankheit das Gehalt weiter beziehen. Die Familien der im Felde lebenden Mitglieder sollen unterstützt werden. Am 1. September, 1. Oktober, 1. November und 1. Dezember wird je ein Extrabeitrag in Höhe eines Monatsbeitrages erhoben. Der für den 1. August einberufene Vorstandstag wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Der Verband der Friseurgehilfen hat die Streik-, Gemäßigungs-, Meile- und Sterbeunterstützung aufgehoben. Krankengeld erhält nur, wer anderweitige Krankenunterstützung nicht bezieht. Den Familien der Kriegsteilnehmer kann vorübergehend Notstandsunterstützung bis zur Höhe der Unterstützung durch die Militärbehörde gewährt werden.

Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein zahlt ab 16. August für ledige Mitglieder nur noch die Hälfte der bisherigen Arbeitslofenunterstützung, für verheiratete zwei Drittel. Das gleiche trifft zu für kranke Mitglieder, die ohne jegliche Unterstützung einer Krankenkasse oder ihres Arbeitgebers sind. Im übrigen wird Krankenunterstützung nicht mehr gezahlt. An Stelle der Arzgebühren- und Sterbeunterstützung kann eine Notstandsunterstützung gewährt werden, deren Höhe der Vorstandsvorstand bestimmt. Diese Maßnahme gelten vorläufig nur bis zum 12. September. Das Verbandsorgan erscheint nur in hohem Umfange.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen hebt alle statutarischen Unterstützungen außer Kraft. Zur Durchführung folgender Unterstützungen wurden 100.000 M. bereitgestellt. Die Arbeitslofenunterstützung beträgt 1 und 6 M. pro Woche, vorläufig auf unbestimmte Dauer. Krankenunterstützung erhalten nur Mitglieder, die keine Ansprüche an eine Krankenkasse haben, in Höhe der Arbeitslofenunterstützung. Die Familien der Kriegsteilnehmer erhalten wöchentlich 3. M. und jedes Kind 50 Pf. extra bis zum Höchstbetrage von 4,50 M. Das Sterbegeld wird in halber Höhe der bisherigen Höhe gewährt. Notstandsbeiträge zu diesen Unterstützungen dürfen nicht gemacht werden.

Der Glasarbeiterverband hat ab 9. August die Auszahlung der Krankenunterstützung erzwungen. Die Arbeitslofenunterstützung wurde je nach der Beitragsdauer und Mitgliedschaftsdauer auf 1,50 M. bis 7,20 M. für verheiratete und 1 M. bis 4,50 M. für ledige Mitglieder herabgesetzt. Den Familien der eingezogenen Mitglieder soll von Fall zu Fall eine Unterstützung gewährt werden. Die Beamten erhalten nur 75 Proz. ihres Gehaltes. Eine Einschränkung des „Faschingen“ wird kurzzeitig noch erwogen.

Rundschau

Nerven behalten! Im „Marz“ bringt Hermann Friedemann folgende beachtenswerte Mahnung: . . . Aber schon sind Taten der Unberücksichtigung geschehen, waffenlose Fremde sind geschlagen, Eigentum ist zerstört worden. Schlimmer aber als dies alles sind die Gerüchte. Sie sind überall. Sie wuchsen aus dem Boden und fallen aus der Luft. Sie schlagen einem wie Dampf entgegen in der ewig siedenden Strafe. Unter den Linden, Morde, Kriegserklärungen, Verhaftungen, Grenellaten. Alles wird leidenschaftlich geglaubt. Die Kernsprecher schürten und schrien, auf der Straße wird es zum Paroxysmus. . . . Vielleicht in es absichtslos, sich der Flut entgegenzuwerfen. — Wir sollen es dennoch versuchen. Jeder, dem es noch möglich ist, mit dem gedruckten Wort zu Menschen zu reden. Was wir die Feder fortweisen, ist dies unser Vöthen und unsere Pflicht. Seid schwergläubig! Kreuzt Euch der guten Nachricht, aber mißtraut allem, was grell ist und ungeheuerlich. Verschleht Euch der Sensationsnachricht; sie ist immer falsch; haltet Euch, wenn das gleiche Gerücht in verschiedenen Formen auftaucht, an die bestbelebteste Lösung; sie ist die wahre. Glaubt den gedruckten Erzählungen, von wem sie auch kommen, nicht vor der dritten Benützung! Seid leidenschaftlich kalt. . . . Aber kämpfen werden wir wider das Ungeheim aus Papierdred und Feuer, das von der Aufpeisung des Wahnsinns lebt. Wider Gespenter und Ungeheuer. Wenn wir ihnen nicht Widerstand leisten, dann führt uns das arnische Schrecknis an. Ward nicht am ersten Kriegstage anflutet, berichtet, Kranzosen häßlich verjagt, mit Choleraabakterien die Brunnen zu vergiften? Die Nachricht war falsch; aber wer lieh das Dementi? Seid dreimal unparzellert wider die einere Phantasie! Tutet Euch vor den Raatgespentern: Euer Glaube maast sie zur Wirklichkeit. Der giftige Doh, den sie Euch einflüßern, ist kein guter Jörn. Er kann uns nicht helfen. Aber seine Saat acht in Feindesland auf; und unsere Soldaten, unsere Verwundeten oder Gefangenen werden es sähen. Tretet daran. Wir führen Krieg. . . . Nur vor dem eigenen Bewußtsein können und wollen wir nicht alles, was uns bis heute menschenwürdig schien, den Stolz unserer Erkenntnis verbergen. Ein Besatz in unserem Innern muß unbestechlich bleiben, wissend und schamungslos Har. Denn von hier aus wird unser Nervensystem regiert. Weh uns, wenn diese menschliche Welle Nijanz verjagt! Es werden auch ohne Nachhilfe der Greuel erung geschehen; die Gut wird keines Säurens bedürfen. Wir aber vergessen nicht, daß auch in diesem Kriege die Welt nicht untergeht und daß wir für die kommenden Tage ein Menschentum aufzusparen haben. Es ist so unendlich leicht, den Wahnsinn zu rufen, wie es schwer ist, ihm Halt zu gebieten.

Städtische Arbeiter leisten Kriegsunterstützungen. Die Arbeiter und Bediensteten der Städtischen Straßeneinigungs- und Fuhrparksverwaltung in Frankfurt a. M. haben einmütig beschlossen, freiwillig je nach Lage des einzelnen bis zu 2 Proz. ihres Lohnes wöchentlich für Kriegsunterstützungszwecke zur Verfügung zu stellen. Die Arbeiter betonen dabei ausdrücklich, daß ihre Lage kurzzeit eine schlechte ist. Sie sind aber trotzdem gewillt, ein Opfer zu bringen.

Um die Arbeitslosigkeit einzuzurücken hat das städtische Tiefbauamt in Leipzig die regelmäßige Heberstundearbeit befristet. Dafür werden Arbeitslose beschäftigt. Um möglichst viel Leute einstellen zu können, wurden für die neuangestellten Halbtagslohnbediensteten eingeführt. Es ist auf diese Art etwa 200 Arbeitslosen Beschäftigung in städtischen Diensten gewährt worden. Dazu kommen noch alle die Arbeiter, die eingestellt worden sind als Ersatz für zum Meere einberufene städtische Arbeiter.

Gewerkschaften und Krieg. Treffend schreibt die „Hilfe“: Die Gewerkschaften sehen sich im Kriege zwei schweren Aufgaben gegenüber: der Selbsterhaltung und der Unterstützung der Mitglieder. Nichts beweist schlagender, daß die Gewerkschaften weit davon entfernt sind, ihre einzige Aufgabe im Lohnkampf zu suchen, als daß sie jetzt in ihrer großen Mehrzahl sich mit allen Kräften zu machenden Geldmitteln der Stellung der Kriegswunden auf dem Arbeitsmarkte zur Verfügung stellen. Doch muß auf der anderen Seite den mit unendlicher Mühe aufgebauten Organisationen auch das Recht zugehoben werden, an die eigene Zukunft zu denken und um ihre eigenen Interessen zu kämpfen. Die Forderung zu vermeiden, vor allem aber unablässig die zurückgebliebenen Kollegen, soweit sie Arbeit haben, zum Zahlen der Beiträge zwingen zu lassen, wenn es im äußersten Notfall noch aufzubringen. Trotz der beträchtlichen Höhe der Gewerkschaftsbeiträge ist es vollkommen unmöglich, die Unterstützungen in selber Umlage wie im Frieden aufrechtzuerhalten. Einige Maßnahmen müssen völlig brachgelegt werden, so vor allem die Streit- und Ge-

